

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

31.1.1929 (No. 26)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Kneub,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Sechstel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anker keine Anweisung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Mann kisten werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Wohnungsbau in Baden

N.A. Durch die Zuwanderung von Elsaß-Lothringern und Auslandsdeutschen, insbesondere solchen Deutschen, die sich vor 1914 in der Schweiz niedergelassen hatten, dann als deutsche Wehrpflichtige Kriegsdienst leisteten, und denen nach dem Krieg die Wiedereinreise nach der Schweiz verweigert wurde, hatte Baden unter den deutschen Ländern nach Kriegsende mit die stärkste Wohnungsnot. Seitdem ist es einer lebhaften Bautätigkeit in allen Teilen unseres Landes gelungen, den Wohnungsmangel erheblich unter den Reichsdurchschnitt zu brücken.

Der Zugang an Wohnungen beläuft sich in der Zeitspanne 1919 bis 1927 auf insgesamt 60 146 Wohnungen, der Abgang auf 2724 Wohnungen, so daß ein Reinzugang von 57 422 Wohnungen verbleibt. Auf die Wohnungsverbände, d. h. die Amtsbezirke ohne die Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern und auf die 16 verbandsfreien Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern verteilt sich der Reinzugang ungefähr hälftig. Einem Reinzugang von 29 736 Wohnungen in den Wohnungsverbänden steht ein Reinzugang von 27 686 Wohnungen in den verbandsfreien Gemeinden gegenüber. Seht man den Reinzugang an Wohnungen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl, so ergibt sich, daß im genannten Zeitraum in den verbandsfreien Gemeinden auf 1000 der Bevölkerung 3,8 Wohnungen erstellt worden sind, dagegen in den Wohnungsverbänden nur 2,3. Innerhalb der einzelnen Wohnungsverbände hatten der Wohnungsverband Vörrach mit 5,4 Wohnungen auf 1000 Einwohner, Ettlingen mit 4,3 sowie Heidelberg und Säckingen mit je 4,2 die lebhafteste Bautätigkeit; unter den verbandsfreien Gemeinden steht die Stadtgemeinde Singen mit 8,2 Wohnungen auf 1000 der Bevölkerung an erster Stelle, es folgen die Städte Vörrach mit 6,3, Offenburg mit 5,3, Lahr mit 5,2 usw. Die regste Bautätigkeit entfiel auf das Jahr 1927.

Für den Zeitraum 1924 bis 1927 liegen auch Zahlen über die Größe der in Wohngebäuden erstellten Wohnungen vor. Danach sind rund zwei Drittel der neuerrichteten Wohnungen Ein- bis Dreizimmerwohnungen; in diesen Zahlen kommt die große Nachfrage nach kleinen Wohnungen in der Nachkriegszeit deutlich zum Ausdruck.

Ein Vergleich der Bautätigkeit in Baden, in andern deutschen Ländern und im Reich in den Jahren 1919 bis 1927 ergibt folgendes Bild. Der Reinzugang an Wohnungen auf 1000 der Bevölkerung betrug

im Reich	21,4
in Preußen	21,6
in Bayern	20,5
in Württemberg	23,1
in Hessen	27,2
in Sachsen	13,5
in Baden	25,5

Baden steht demnach über dem Reichsdurchschnitt und bleibt unter den größeren deutschen Ländern lediglich hinter Württemberg und Hessen zurück; im Jahre 1927 hatte nur Hessen eine regere Bautätigkeit als Baden.

Ausführlichere Angaben über die Bautätigkeit in Baden seit dem Jahre 1914 unter Berücksichtigung des Wohnungsbauens in den Wohnungsverbänden und verbandsfreien Gemeinden enthält die neueste Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes über „Wohnungszählung und Wohnungsbau in Baden“.

### Gaas Vorsitzender der Reichstagsfraktion

Die demokratische Reichstagsfraktion hat Dr. Gaas zum Vorsitzenden der demokratischen Reichstagsfraktion und zu Mitgliedern des Vorstands Dr. Gertrud Bäumer, Dr. Fischer, Dr. Meyer und Schneider gewählt. Da, wie die „Voss. Zig.“ ergänzend mitteilt, die Reichsminister Koch-Weser und Dietrich infolge ihrer Amtstätigkeit an den Vorstandssitzungen nur unregelmäßig teilnehmen können, und da auch der Reichstagsabgeordnete Erkelenz wegen seines Gesundheitszustandes zur Zeit an den Arbeiten der Fraktion nicht teilnehmen kann, war eine Neuwahl des Vorstandes erforderlich. Reichsminister Koch-Weser, der wegen seiner Arbeitsüberlastung den Fraktionsvorsitz niedergelegt hat, wird weiterhin Parteivorsitzender bleiben.

Kranzpenden der Reichsbehörden und Reichsstellen. Das Reichskabinett hat beschlossen, daß Kranzpenden der Reichsbehörden und Reichsstellen zu Ehren verstorbenen Beamten, Angehörten und Arbeiter, oder in Erfüllung sonstiger repräsentativer Pflichten mit einer Schleife in den Reichsfarben zu versehen sind.

Ein Badener deutscher Gesandter in Oslo. Der zum deutschen Gesandten in Oslo ernannte seitherige Chef des Protokolls, Gesandter Dr. Köster, ist aus dem badischen Justizdienst hervorgegangen. Von 1912 bis 1914 war er Legationssekretär bei der badischen Gesandtschaft in Berlin.

Der Preussische Landtag will bis zum 23. März die Beratung des gesamten Etats durchführen.

### Letzte Nachrichten

#### Auswärtiger Ausschuh des Reichstags

BDZ. Berlin, 31. Jan. (Tel.) Der Auswärtige Ausschuh des Reichstags trat am heutigen Donnerstagmorgen in Gegenwart des Reichsaussenministers Dr. Stresemann, des Reichsfinanzministers Dr. Silberding und des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius zusammen, um das Reparationsproblem zu besprechen. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein längeres Referat des in diesen Fragen federführenden Reichsfinanzministers; dann ergriff als erster Parteiredner der deutsche nationale Abg. Dr. Reichert das Wort. Der Ausschuh führte die Aussprache über das Reparationsproblem zu Ende, ohne Beschlüsse zu fassen.

#### Ein amerikanischer Bericht zur deutschen Wirtschaftslage

WTW. Washington, 31. Jan. (Tel.) Der soeben veröffentlichte, aus Berlin den 11. Januar datierte Bericht des Handelsattachés der amerikanischen Botschaft, faßt die Darstellung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands im Jahre 1928 dahin zusammen, daß sie weniger befriedigend war als 1927. Gut gehalten haben sich — so heißt es weiter — die chemische, die Stahl-, Kunststoffe- und Elektrizitätsindustrien. Auch sie jedoch konnten die Vorjahresziffern nicht erreichen. Die Baumwoll-, Woll- und Lederindustrien seien erheblich zurückgegangen. Sehr gelitten hätten die Werften und die Eisen- und Stahlindustrie durch Aussparungen und Streiks. Der Zinsfuß sei hoch geblieben, zum Teil wegen des fundamentalen Mangels an Inlandsanlagengeld, wodurch insbesondere das Baugewerbe und ganz allgemein der Prozeß der Rationalisierung der deutschen Industrie behindert werde. Die Zahl der Konsumverbraucher und der Geschäftsaufwender sei erheblich höher als 1927 gewesen. Der Außenhandel habe sich günstig entwickelt, zeige jedoch immer noch eine starke Passivbilanz und bilde weiterhin ein schwieriges wirtschaftliches Problem.

#### Staatssekretär J. D. v. Rheinbaben über die Reparationsfrage

WTW. Halle, 31. Jan. (Tel.) Auf Einladung des Wirtschaftsausschusses der Deutschen Volkspartei sprach am Mittwochabend Staatssekretär J. D. Freiherr v. Rheinbaben, M. d. R., über „Die bevorstehenden Reparationsverhandlungen“. Er führte u. a. aus: Die Vorbereitungen der deutschen Politik seien gut, sowohl in den Ressorts, wie in der Auswahl der wirtschaftlichen Persönlichkeiten. Ganz selbstverständlich müßte die Annuität herabgesetzt werden und der wirtschaftlich ganz unsinnige Waffensstillstand fallen. Bei der Frage der Kommerzialisierung, also der Überführung der politischen in eine private Schuld, müßte sehr vorichtig überlegt werden, ob nicht unter Umständen Vorteile für Deutschland herauskommen könnten. Selbst wenn wir die alliierten Schulden insgesamt übernehmen, dann würden wir eine Summe gegenüberstehen, die erst 1940 auf 1,6 Milliarden anwachsen und niemals 2,5 Milliarden erreichen könne. Wenn im Reichstag von dem Vertreter einer anderen Partei ausgesprochen wurde, „lieber ein klares Nein als ein verwaschenes Ja!“, so meine er, der Redner, es werde nicht einfach für Deutschland sein, die Verhandlungen abubrechen.

#### Die angeblichen Burgfriedensverhandlungen in Frankreich

WTW. Paris, 31. Jan. (Tel.) Der radikale Abgeordnete Lantier bespricht in seinem Blatt „Somme Libre“ die vom „Matin“ verbreitete Nachricht, daß in den Wandelgängen des Parlaments zwischen den Oppositions- und Regierungsparteien Verhandlungen zur Herstellung einer Art Burgfriedens im Gange seien. Keiner seiner Kameraden — so erklärt Lantier — hat jemals von diesem Waffenstillstand sprechen hören. Ich auch nicht. Ich zweifle gar nicht daran, daß dieses oder jenes Regierungsmitglied versucht hat, mit diesem oder jenem Oppositionellen in eine Versprechung zu treten. Aber meiner Ansicht nach ist der Augenblick nicht gekommen, daß die radikale Partei die von ihr eingenommene Haltung aufgeben kann.

#### Polens nächstes Budget

WTW. Warschau, 31. Jan. (Tel.) Der Haushaltsausschuh des Polnischen Landtages hat die Beratung des Budgets für das kommende Finanzjahr abgeschlossen. Der Voranschlag sieht vor, Ausgaben in der Höhe von 2760 Millionen Zloty, denen Einnahmen in der Höhe von 2963 Millionen Zloty gegenüberstehen. Der Budgetüberschuh soll demnach 203 Millionen Zloty betragen.

Deutschnationale Kolonialinterpellation. Die Deutschnationalen haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die auf die Absicht der englischen Regierung hinweist, ein einheitliches afrikanisches Dominium unter Einbeziehung Deutschostafrikas zu bilden. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie bereit sei, unmittelbar und durch den deutschen Vertreter in der Mandatskommission dem entgegenzutreten.

Der Streit in der Heilsarmee. Das Londoner Gericht gab nun dem Antrag des langjährigen Führers der Heilsarmee, General Bramwell Booth, auf Erlass einer einstweiligen Verfügung statt, die es dem Hohen Rat der Heilsarmee unterstellt, General Booth abzuführen und einen Nachfolger zu ernennen. Das Gericht erklärte, daß dem General Gelegenheit gegeben werden müsse, sich zu der Frage seiner körperlichen und geistigen Tauglichkeit zur Ausübung seines Amtes zu äußern.

### \* De mortuis nil nisi bene!

De mortuis nil nisi bene! Vom Lateinischen frei und sinngemäß ins Deutsche überseht, heißt das, daß man über die Toten nur Gutes reden soll, und daß es wenig Zweck hat, über die Toten zu schimpfen. Die Geschichtsschreibung wird sich selbstverständlich an diese Mahnung nicht halten können. Sie muß über die Werke eines Menschen, der Spuren in der Geschichte seiner Zeit hinterlassen hat, zu Gericht sitzen. Aber für das Leben der Völker selbst bleibt das Wort des Lateiners durchaus beherzigenswert. Dieses Leben stellt jeden Tag neue Aufgaben, und die Lösung solcher Aufgaben ist meist derart schwer, daß der Streit um Tote dabei nur hinderlich sein kann. Ein Volk zumal, das einer besseren Zukunft entgegenstrebt, soll den Blick vorwärts lenken und nicht rückwärts. Und höchstens dann könnte der Streit um Tote von Nutzen sein, wenn die Gefahr bestünde, daß ihr unheilvolles Wirken von neuem Nichts für einen Teil des betreffenden Volkes wird.

Von dieser Erkenntnis aus haben wir das Tun und Lassen des früheren Kaisers, Wilhelms II., zu betrachten. Und sein 70. Geburtstag gab Gelegenheit, die Nützlichkeit einer solchen Betrachtungsweise nochmals zu überprüfen. Auch Wilhelm II. gehört heute zu den politischen Toten. An dieser Tatsache ist nicht zu rütteln. Sie wird auch von seinen Anhängern und den Anhängern der monarchistischen Idee ohne weiteres zugegeben. Und vielleicht ist gerade diese Überzeugung die und da schuld gewesen, daß man in monarchistischen Kreisen den 70. Geburtstag etwas geräuschvoller feierte, als es im Hinblick auf die Empfindungen der republikanischen Mehrheit unseres Volkes notwendig gewesen wäre. Gewisse Vorstellungen von Loyalität, eine gewisse Sentimentalität und wohl auch die Rück Erinnerung an vergangene Zeiten, in denen für einzelne Schichten unseres Volkes eben doch manche Sondervergünstigung herausbrang, mögen dazu geführt haben, daß man den Exkaiser bei einem guten Essen und einem nicht schlechteren Glase Wein feierte und ihn gratulierend antelegraphierte.

Soweit sich solche Feiern auf private Kreise beschränkten oder in den Grenzen des guten Geschmacks blieben, wird auch der Republikaner duldsam sein und dagegen kaum etwas einwenden. Etwas anderes ist es, wenn in Korporationen, denen notorisch auch Republikaner angehören, und deren Satzungen eine politische Betätigung ausschließen, der 70. Geburtstag des Exkaisers in besonders betonter Form gefeiert wurde. Und geschmacklos war es, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion den Exkaiser mit einem recht servilen Telegramm beglückte, mit einem Telegramm, das nur geeignet ist, falsche Hoffnungen im Herzen dieses meist übel beratenen Mannes zu erwecken.

Es ist geschmacklos und fatal, wenn in einer solchen Depeche von dem Kaiser gesagt wird, er sei stets „der erste Diener des Staates“ gewesen. Auf nur wenige Monarchen läßt sich dieses Wort, das schon im Munde Friedrich des Großen einigermaßen fragwürdig klingt, schlechter anwenden als auf den früheren Kaiser. Und ein wenig hätte die deutschnationale Reichstagsfraktion doch auch daran denken können, daß noch im vorigen Jahre mit ihrer Hilfe und mit Hilfe ihrer Minister das Republikanengesetz, das u. a. die weitere Fernhaltung des Exkaisers vom Boden des Deutschen Reiches ausspricht, verlängert wurde.

Einen sehr vernünftigen Standpunkt hat der Reichsinnenminister, Herr Severing, in der Angelegenheit eingenommen. Er ist der Person Wilhelms II. gerecht geworden, er hat es abgelehnt, über ihn noch nachträglich zu Gericht zu sitzen, aber er hat es als die Pflicht eines Republikaners erklärt, gegenüber türkischen Lobbydeleiten die geschichtliche Wahrheit festzustellen. Sie ist leider für Wilhelm II. nicht schmeichelhaft.

Am besten ist es jedenfalls, über das ganze Thema die Ästen zu schließen, soweit es sich dabei um die Politik des Tages handelt. Wenn etwa morgen in aller Ruhe und Friedlichkeit darüber abgestimmt werden würde, ob Wilhelm II. als Kaiser nach Deutschland zurückgewünscht wird oder nicht, würde sich ein verschwindend kleiner Bruchteil unseres Volkes — in der Hauptsache Frauen deutschnationaler Richtung — zu einem solchen Wunsch bekennen. Selbst den eingeschworenen Monarchisten wäre der Gedanke einer Rückkehr Wilhelms II. auf den Thron, wenn dieser Gedanke überhaupt jemals in greifbare Nähe rücken könnte, höchst unangenehm. Sie bewahren seiner

Person aus den Gefühlen eines prinzipiellen Monarchismus heraus eine gewisse Treue, aber auch sie halten ihn im Innern für eine durchaus verhängnisvolle Erscheinung in der Geschichte unseres Volkes.

Wilhelm II. gehört fürwahr zu den Männern, für die noch bei Lebzeiten das oben zitierte Wort des Lateiners gilt: er ist politisch tot, und es hat keinen Zweck, sich feinetwegen zu zanken. Wir haben andere und bessere Dinge zu tun. Und wir glauben, daß man auch im Ausland über diese Stimmung des deutschen Volkes recht gut unterrichtet ist.

### Offener Brief Dr. Ricklin an Poincaré

Der „Straßburger Kurier“ veröffentlicht einen offenen Brief Dr. Ricklins an Poincaré. Darin macht Dr. Ricklin dem Ministerpräsidenten zunächst jedes Recht freitritt, in seiner politischen Vergangenheit als deutscher Untertan herumzustöbern. Für seine Handlungen in dieser Zeit sei er Frankreich keine Rechenschaft schuldig. Dr. Ricklin schildert dann den wirtschaftlichen Aufschwung, den Elsaß-Lothringen unter deutscher Verwaltung genommen hat, und betont, daß das elsaßische Volk unter der deutschen Herrschaft freier gewesen sei als jetzt. Dr. Ricklin fährt dann fort:

Was die separatistischen Tendenzen betrifft, so wiederhole ich: Die autonomistische Bewegung hat nichts Verbrecherisches, nichts Separatistisches und darf sich nur im Rahmen der unantastbaren französischen Legalität entwickeln. Elsaß-Lothringen ist ein untrennbarer Bestandteil der französischen Republik. Dr. Ricklin erinnert dann daran, daß er am 28. Oktober 1918 im Deutschen Reichstag für eine Trennung Elsaß-Lothringens von Deutschland eingetreten sei. Die Hauptforderungen der autonomistischen Bewegungen seien die Beibehaltung der Muttersprache, seiner religiösen Einrichtungen und seiner wirtschaftlichen Interessen. Er werde die elsaßische Bewegung, die im Begriffe steht, den letzten Kampf gegen die Assimilierungsbestrebungen zu liefern, nicht im Stich lassen.

### Die Militärverschwörung in Spanien

Ist zusammengebrochen, auch in Ciudad Real, wo ein Kriegsgericht zur Aburteilung der Meuterei zusammengetreten ist. Sämtliche Offiziere des meuternden Artillerieregiments wurden verhaftet, darunter der Kommandant Oberst Paz. Ebenso ist der frühere Premierminister und Führer der Konservativen Partei, Sanchez Guerra, in Valencia verhaftet worden, und zwar wegen Teilnahme an der Militärverschwörung. Er war Dienstagabend auf einem Schiff aus Frankreich angekommen und unter falschem Namen an Land gegangen. Als Führer des gescheiterten Aufstandes werden außer Sanchez Guerra Alexander Leroux, Felix Gamboa und Alba genannt, die sich zur Zeit in Frankreich befinden. Der frühere Kriegsminister Aguilera gilt als das Haupt der Bewegung.

W.D. Paris, 31. Jan. (Tel.) Nach einer Agenturmeldung aus Madrid sind in Ciudad Real drei der Offiziere, die an der Aufstandsbewegung teilgenommen haben, vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden. Einer von ihnen soll flüchtig sein. Die Bestätigung der Todesurteile durch den König steht noch aus.

Das neue Deutsche Haus der Columbia-Universität in New York wurde unter großen Feierlichkeiten gestern eröffnet. Es soll ein Zentrum des geistigen Lebens in Amerika bilden. Der fünfstöckige Bau steht auf einer Anhöhe oberhalb des Morningideparks, wo sich auch das Denkmal von Karl Schurz befindet, unweit vom alten Deutschen Haus, das ein Geschenk des New Yorker Finanziers Adams, 1911 eingeweiht worden war und nach Amerikas Eintritt in den Krieg geschlossen worden war. Das Deutsche Haus dient ausschließlich kulturellen Zwecken.

Die Arbeitszeit- und Lohnverhandlungen im Kaliberbau haben zu einem endgültigen Abschluß geführt. Die bisherigen Arbeitszeitbestimmungen laufen bis zum 14. April 1929 weiter. Vom 15. April ab beträgt an sämtlichen Werktagen die Schichtzeit unter Tage 8 Stdn. Über Tage ist eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden, bei einer Schichtzeit von 9 1/2 Stunden festgelegt. Die bisherigen Sonderbestimmungen über die Arbeitszeit an Samstagen fallen fort. Ferner tritt vom 1. Februar 1929 ab eine neue Lohnstarifforderung in Kraft, die eine durchschnittliche Erhöhung der tariflichen Schichtlöhne um etwa 8 Proz. vorsieht.

Der Führer des Aufstandes in Guatemala erschossen. Einer der Führer des letzten Aufstandes in Guatemala, Oberst Vandilio, wurde im Bezirk Salama von Regierungstruppen erschossen, als er versuchte, sich seiner Gefangennahme zu entziehen.

### Die badische Verordnung über den privaten Musikunterricht

W. A. Eine nähere Kenntnis der neuen Bestimmungen über den privaten Musikunterricht dürfte für weite Kreise der Öffentlichkeit von besonderem Werte sein.

Die Verordnung enthält zunächst Bestimmungen über die Privatmusiklehreprüfung. Es gilt der Grundsatz, daß auch künftighin die Erteilung von Musikunterricht nicht an eine staatliche Konzession gebunden sein soll. Im Gegensatz zu der Regelung in andern deutschen Ländern gibt es in Baden keinen staatlichen Unterrichtsverlaufschein. Diejenigen Musiklehrkräfte, die den berechtigten Anforderungen genügen, die an einen einwandfreien Unterricht mit Fachausbildung und allgemein-musikalischer Erziehung des Schülers gestellt werden, sollen auf Grund einer staatlichen Prüfung berechtigt sein, sich für ihr Prüfungsfach als staatlich anerkannte Musiklehrer zu bezeichnen. Die Prüfung wird an der Lehrerbildungsanstalt in Karlsruhe abgehalten werden. Die erste Prüfung soll im März 1929 stattfinden. Der Prüfungsausschuß besteht aus einem Referenten des badischen Unterrichtsministeriums als Vorsitzenden und einer Anzahl von Fachlehrern. In dem Ausschuß ist der Stand der Privatmusiklehre vertreten. Schüler einer Musiklehreanstalt werden in der Regel nicht von den eigenen Lehrern geprüft.

Für die Zulassung zur Prüfung ist nicht das Abiturium, sondern die Obersekundarstufe oder der Abschluß einer Mädchen-Realschule regelmäßig erforderlich.

In ihrem zweiten Teil enthält die Verordnung Bestimmungen über die staatliche Anerkennung von Privatmusiklehrern. Es kann eine Musikschule ohne staatliche Konzession bestehen, es darf aber erwartet werden, daß diejenigen Anstalten, die staatlich anerkannt werden, im Wettbewerb mit andern Musikschulen eine Vorzugsstellung einnehmen werden.

In ihrem dritten Teil enthält die Verordnung Bestimmungen über die staatliche Anerkennung von Privatmusiklehrern. In manchen Fällen soll auch ohne vorausgegangene Staats-

### Aus dem Reichstag

Nur einfache Mehrheit für das Beamtenbeamtengesetz Die zweite Beratung des Beamtenbeamtengesetzes am gestrigen Mittwoch war eigentlich überflüssig, denn nun wird die Vorlage nochmals an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen werden und dort wird der Versuch erneuert werden, eine Kompromißlösung zu vereinbaren, die die für die Verfassungsänderungen notwendige qualifizierte Mehrheit sichert.

Obwohl der Haushaltsausschuß schon jetzt zugunsten der Beamten wesentliche Änderungen der Regierungsvorlage vorgenommen hat, war in der gestrigen Sitzung die Zweidrittelmehrheit noch nicht vorhanden. Das zeigte sich bei der namentlichen Abstimmung bei dem § 3, der die Zwangspensionierung der 60jährigen ausspricht. Für diesen Paragraphen stimmten 252, dagegen 137, während 16 Abgeordnete, hauptsächlich aus den Reihen der Bayerischen Volkspartei, sich der Abstimmung enthielten. Schon bei Beginn der Beratung gab die deutsche nationale Fraktion eine scharfe Erklärung gegen die Vorlage ab, die sie als verfassungswidrige Verletzung der wohlerworbenen Rechte der Beamenschaft bezeichnete. Der im Anschluß daran gestellte deutsche nationale Antrag auf Herbeizitierung des Reichsinnenministers und des Reichsjustizministers wurde abgelehnt. Ablehnend verhielten sich auch die Vertreter der Kommunisten und Nationalsozialisten zu dem Gesetzentwurf. Bei den Abstimmungen zeigte sich auch, daß auch die Regierungsfraktionen mit allen ihren Mitgliedern geschlossen für die Vorlage eintraten.

Nachdem das Gesetz in zweiter Lesung mit einfacher Mehrheit angenommen war, wurde auf Antrag Bernhards (D.) die Zurückverweisung an den Ausschuß beschlossen. Gegen den Widerspruch der Deutschen Nationalen kann die dritte Lesung noch nicht am heutigen Donnerstag stattfinden. Sie wird wahrscheinlich auf die Tagesordnung der Freitagssitzung gestellt werden. Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung werden die Fortsetzung der ersten Beratung des Steuervereinfachungsgesetzes und die Handwerksnovelle stehen.

W.D. Berlin, 31. Jan. (Tel.) Die Reichstagsitzung beginnt heute um 2 Uhr. Zunächst soll die erste Lesung der Vorlagen zur Steuervereinfachung zu Ende geführt werden, die dann dem Steuerausschuß zur weiteren Vorberatung überwiesen werden sollen. Ferner steht heute die zweite Lesung der sog. Handwerksnovelle zur Geberordnung auf der Tagesordnung.

### Kurze Nachrichten

Württemberg baut eine neue Technische Hochschule. Der Vorstand der Studentenschaft der Technischen Hochschule in Stuttgart hat sich mit der Frage des Neubaus der Hochschule beschäftigt. Er beschloß, die Regierung zu ersuchen, bis zu dem im Mai bevorstehenden 100jährigen Jubiläum der Hochschule eine Entscheidung herbeizuführen, und erklärt das Ludwigsburger Projekt als die beste Lösung.

Dreieinhalb Millionen unbestehbare Briefe! Jährlich werden in Deutschland etwa 3 1/2 Millionen Briefe aufgegeben, die selbst von der „findigen“ Post nicht bestellt werden können. Kein anderer Beweis für die Mangelhaftigkeit der Postverwaltung ist nicht vergessen!

Zum sächsischen Volksbildungsminister wurde der Abg. Dr. Bünser (D. Vpt.) ernannt.

Eine schweizerische Universität im Kanton Tessin? Von sozialdemokratischer Seite ist im Großen Rat in Bellinzona ein Antrag eingebracht worden, demzufolge eine besondere Kommission prüfen soll, ob die Schaffung einer schweizerischen Universität oder höherer Bildungsanstalt möglich und angebracht sei.

Die Eisenbahn durch die Sahara. Der ehemalige französische Generalresident in Marokko, Steeg, hat den Vorstoß des Studentensekretärs für den Bau einer Eisenbahn durch die Sahara angenommen.

Wahlkreis der Arbeiterpartei in Schottland. Bei der Wahl im Bezirk Lothians (Schottland) siegte der Kandidat der Arbeiterpartei über den Kandidaten der Konservativen mit einer Mehrheit von 952.

Bankenbrecher sind in Berlin in die Schranckanlagen und die Silberkammern der Filiale Meißnerstraße der Disconto-Gesellschaft eingedrungen und haben von dort ungeheure Werte entwendet. Der Raub an Aktien, Geld und Wertpapieren geht vermutlich in die Millionen. 173 einzelne Tresors sind von den Eindringern aufgeschlüsselt worden.

Bei einem Zugzusammenstoß bei Asnières (bei Paris) wurden 50 Personen verletzt. Ein Dampfbahnzug fuhr auf einen elektrischen Zug, dessen Stahlwagen dem Anprall Widerstand leisteten, dagegen wurde ein Personenwagen des Dampfbahnzuges vollkommen zertrümmert. Aus ihm wurden dann auch die meisten Schwerverletzten geborgen.

prüfung Privatmusiklehrern die Bezeichnung „staatlich anerkannter Musiklehrer“ gestattet werden. Das soll insbesondere für eine Übergangszeit geschehen gegenüber Personen, die eine der Staatsprüfung nach den Bestimmungen der Vereinbarung vom 19. April 1928 gleichwertige Prüfung bestanden haben. Es sollen hierbei aber nicht nur die Reifezeugnisse bestimmter Anstalten oder Verbände als maßgebend betrachtet werden. Solche Zeugnisse werden vielmehr alle auf ihre Gleichwertigkeit mit der badischen staatlichen Prüfung zu untersuchen sein, und zwar sowohl nach dem Stoffgebiet wie nach ihrem Bewertungsmassstab.

Weiter soll unabhängig von dem Bestehen einer gleichwertigen Prüfung Musiklehrern, die sich in künstlerischer und pädagogischer Beziehung ausgezeichnet und berührt haben, die staatliche Anerkennung zuteil werden können. Die Bestimmung deutet von selbst darauf hin, daß hierbei auch das Lebensalter des Bewerber geeignete Berücksichtigung finden soll. Bewerber, denen nach ihrem Lebensalter zugemutet werden kann, sich der staatlichen Privatmusiklehreprüfung zu unterziehen, sollen auf den Weg der Prüfung verwiesen werden.

Mit Strenge wird darauf geachtet werden, daß auch die Bezeichnung „staatlich anerkannter Musiklehrer“ immer nur unter Zusatz des Faches, für das die Anerkennung erteilt ist, geführt wird.

Im übrigen wird auf die in Nr. 22 des Badischen Gesetzes und Verordnungsblattes vom 15. Mai 1928 und in Nr. 18 des Amtsblattes des badischen Unterrichtsministeriums des Kultus und Unterrichts vom 22. Mai 1928 ersichene Verordnung vom 19. April 1928 verwiesen, welche durch den Verlaß von Malsch & Vogel in Karlsruhe zu beziehen sind.

Ein neuer Erster Kapellmeister am Mannheimer Nationaltheater. Kapellmeister Eugen Jochum von den Vereinigten Städtischen Theatern in Kiel ist als Erster Kapellmeister für die kommende Spielzeit ans Nationaltheater Mannheim ernannt worden.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

D. B. Karlsruhe, den 31. Januar 1929.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet 10 Uhr die Sitzung mit Bekanntgabe der Eingänge.

Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die förmliche Anfrage des Zentrums betr.

### Die Realbesteuerung in Baden

Abg. Oskärer (D. Vpt.) legt namens seiner Fraktion in einer Erklärung scharfe Verwahrung gegen die Form der Regierungsantwort vom 24. d. M. ein, durch die eine sachliche Auseinandersetzung nicht gefördert werde. Der Staatspräsident habe durch Ausdrücke wie „Irreführung“, „Willkür“, „Schädigung der badischen Landesinteressen“ und „Schiebung“ den Abg. Dr. Mattes aufs schwerste beleidigt.

Abg. Behringer (Dnt.) verliest eine längere Erklärung der deutschen nationalen Fraktion, die das Vorgehen des Ministers gleichfalls mißbilligt und die Regierung auffordert, sich mit aller Kraft gegen eine weitere Verschärfung des Steuerdrucks zu wenden. In dem Verlangen einer Änderung des Verfalls der Verträge und vor allem in dem Kampfe gegen die Kriegsschuldfrage müßte das ganze deutsche Volk zusammenstehen.

Dann nimmt Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) das Wort zur Entgegnung auf die Darlegungen der Regierung vom letzten Donnerstag. Er verbreitet sich zunächst über die Begriffe der Steuerbelastung und Steuerberechnung und zitiert zum Beweise der Richtigkeit seiner Auffassung eine Reihe von Wissenschaftlern und Politikern. Die Regierung nehme für ihre Betrachtung den juristischen Ausgangspunkt. Für das wirtschaftliche Leben kämen aber Steuerfaktoren und Einkommen in Frage. Solange es diese Verschiebung dieser Ausgangspunkte nicht berücksichtigte, schiede das Finanzministerium mit seiner Kritik am Ziele vorbei. Um zur Vergleichsbasis zu kommen, müsse man das Steueraufkommen der Steuerkraft gegenüberstellen. Baden stehe, gemessen an der Steuerkraft, in bezug auf die Steuerbelastung nicht an sechster Stelle im Reiche, wie es die Regierungserklärung darstellt, sondern an zweiter Stelle und werde nur von Mecklenburg-Schwerin übertroffen. Kein deutsches Land behandle die Landwirtschaft steuerlich so schlecht wie Baden. Es habe die höchste Grundsteuer. Der Redner wehre sich gegen die Behauptung in der Zentrumspresse, als ob die Volkspartei durch ihre Anträge den Fehlbetrag um Millionen hätte erhöhen wollen. Es handle sich im ganzen nur um Mehrausgaben von 104 000 M. Andererseits habe die Volkspartei stets die Senkung der Steuern beantragt. Dr. Mattes bezeichnet die Regierungserklärung als eine „Glanzleistung“ fehlerhaften Denkens.

Für die Stellungnahme des Präsidenten des Reichstatistischen Amtes hätte er sehr vorzügliche Zurückhaltung gewünscht. Der Vorwurf der Unachtsamkeit treffe den Staatspräsidenten. Die sachliche Qualifikation der Beamten des Finanzministeriums habe die Fraktion stets anerkannt. Zum Schluß wendet sich der Redner in scharfer Polemik gegen das Zentrum. Es handle sich um nichts weiter als um eine große Wahlmacherei zugunsten der Zentrumspartei (lebhafter Widerspruch im Zentrum. Abg. Dr. Schofer ruft: Verdammung! Wir befinden uns in der Abwehr!) Abg. Dr. Mattes spricht weiter von „Mißbrauch des Verwaltungsapparates durch das Zentrum und fragt, ob es die Kosten der Staatskasse erheben werde. (Große Lärme im Zentrum. Rufschrei des Abg. Dr. Schofer. Auf des Abg. Oskärer: Frechheit!) Der Präsident erteilt eine Rüge wegen der genannten Zwischenrufe.) Abg. Dr. Mattes schließt: „Dem Zentrum fehlt eine zugräftige Wahlparole für die nächsten Landtagswahlen. Darum die Stimmungsmache gegen Berlin und das Reich und der besondere Kampf gegen mich.“ (Erneuter lebhafter Widerspruch im Zentrum. Zwischenrufe und Lärme im ganzen Hause.) — Nunmehr erhält

### Staatspräsident Dr. Schmitt

in seiner Eigenschaft als Finanzminister das Wort. Er führt aus: Das Finanzministerium hat nie bestritten, daß die Steuerlast in Baden drückend ist und vielfach über den Reichsdurchschnitt hinausgeht. Wogegen wir uns wehren müssen, ist die Veranschlagung der Kopfsteuerverbelastung zu Vergleichszwecken. Sie stellt den unangenehmsten Maßstab zu einem Vergleich dar. Die Frage hat Abg. Dr. Mattes nicht beantwortet: Wie sollen wir bei uns in Baden die Steuern mindern? Es ist mir unmöglich, mich mit dem vorgebrachten Zahlenmaterial heute auseinanderzusetzen. Nur so viel sei gesagt:

Sie (zum Abg. Dr. Mattes) übersehen bei Ihrer Betrachtung die soziale Gestaltung unserer Steuer. Von anderen Ländern werden uns geradezu Vorwürfe gemacht, daß wir die kleinen und mittleren Betriebe so sehr schonen. Ich habe von meiner Erklärung am 24. Januar nichts zurückgenommen. Das Finanzministerium wurde in seinen Darlegungen wesentlich unterstützt durch die Ausführungen des Statistischen Reichsamtes. Ich würde es unachtsam abtönen, wenn man versuchen wollte, einen Referenten des Reichstatistischen Amt auszuspielen, das gleichfalls in der Kopfsteuerverbelastung eine unbrauchbare Grundlage erblickt. Erst wenn das Steuervereinfachungsgesetz durchgeführt ist, wird es uns möglich sein, Vergleiche anzustellen.

Der Minister fährt unter Hinweis auf eine Auslosung des „Journal des Debats“, wonach der Deutsche pro Kopf 900 Franken, der Franzose dagegen 1200 Franken zahle, fort: Es ist traurig, wenn sich Ausländer auf die Kopfsteuerverbelastung berufen, um mehr aus Deutschland herauszuholen. Ich würde es daher auch aus vaterländischen Interessen begrüßen, wenn diese Vergleichsmethode bei uns endlich aufgegeben würde. Auch die drei Hansestädte sind Länder und müssen zum Vergleich herangezogen werden.

Das Land Baden kann sich, was seine Ausgaben, die aus dem Steuerbedarf gedeckt werden, anlangt, sehr wohl sehen lassen.

Die Erhöhung der Steuerlasten in Baden beruht im wesentlichen auf den Umlagen der Gemeinden. Damit ist die Behauptung, daß Baden die teuerste Verwaltung habe, widerlegt. In dem Artikel des Abg. Dr. Mattes in der „Freisauer Zeitung“ liegt nicht nur Spott, sondern auch die Abstreitung des guten Willens, die Steuern zu senken. Das nicht allein das Finanzministerium allein 59 Millionen gefrichen und der Landtag alles versucht, weitere Abstriche zu machen? (Zuruf: Ohne Erfolg.)

Der Minister schließt: Es war eben unmöglich, noch mehr zu streichen. Wir werden uns auch künftig gegen unrichtige steuerliche Vorstellungen draußen im Lande entschieden wehren.

Abg. Rüdert (Soz.) führt aus: Der Artikel des Abg. Dr. Mattes war es wert, hier erörtert zu werden, da er einige Verwirrung herbeigeführt und auch nach der sozialen Seite hin in weitem Maße schädigend gewirkt habe. Über den Kampf zwischen Volkspartei und Zentrum könnte er, der Redner, sich eigentlich freuen im Hinblick darauf, daß das Zentrum in den letzten Jahren den Etat mit der Volkspartei beschlossen habe, oft gegen den Willen der Sozialdemokraten. Nicht jede Zusammenarbeit sei fruchtbar (Geister!) Abg. Rüdert stellt sich in der Ablehnung der Kopfsteuere als Vergleichsgrundlage

durchaus auf die Seite des Finanzministers. Ob es möglich sein wird, die Ausgaben des badischen Staates noch weiter zu drosseln, diese Frage werde seine Fraktion auch in Zukunft sachlich und gewissenhaft prüfen. Aber keinesfalls dürften die sozialen und kulturellen Belange Schaden leiden. Man dürfe nie vergessen, in welche Lage Baden als Grenzland gekommen sei, ganz abgesehen von seiner so ungünstigen geographischen Struktur. Der Redner richtet zum Schluß an Abg. Dr. Matthes die Frage, wie er die Realisierungen senken und das Budget lösen wolle, den 24 Millionen Defizit Herr zu werden. Der Fraktionschef des Zentrums, Abg. Dr. Schofer, erklärt auf die Frage des Redners, ob es zweckmäßig war, diese Interpellation einzubringen, daß gerade der Schluß der heutigen Rede des Abg. Dr. Matthes beweise, wie recht das Zentrum hatte. Der Artikel stelle eine ausgesprochene Wahlarbeit dar, gleichgültig, von welchen Folgen sie begleitet sei. Es wäre Verrat am Volke, wollte man darauf keine Antwort geben. Rede und Antwort stehen, das sei der Sinn der Interpellation gewesen. Nicht jeder Artikel eigne sich zur Behandlung im Parlament. Aber wenn eine solch systematische Wahlpropaganda getrieben werde, dann müsse zum Schutze der Sachlichkeit die Regierung vor dem ganzen Land darlegen, was sie als richtig erkannte. Die Agitation Herrn Dr. Matthes müsse in der Wirtschaft, in Industrie und Gewerbe, verheerend und zerstörend wirken (Zustimmung). Sie sei keine Einladung, nach Baden zu kommen. Und darin liege die schwere Schuld des Abg. Dr. Matthes, der Wahlgewinne machen wolle. Nach weiterer, sehr heftiger Polemik gegen die Deutsche Volkspartei verläßt sich das Haus gegen 1 Uhr auf nachm. 1/4 Uhr.

### Wechsel in der Leitung des Hauptverwaltungsamtes

Der bisherige Direktor des Hauptverwaltungsamtes Karlsruhe, Ministerialrat **Frenth**, ist durch den Herrn Reichsarbeitsminister zum Direktor des Hauptverwaltungsamtes Berlin ernannt worden. An seiner Stelle wurde zum Direktor des Hauptverwaltungsamtes Karlsruhe der bisherige Direktor des Hauptverwaltungsamtes Königsberg, Direktor **Dencke**, bestellt.

### Konsularische Vertretung Haitis

Die konsularische Vertretung Haitis für das Land Baden ist bis auf weiteres dem Konsul von Haiti in Stuttgart, **Erwin Klingler**, zugewiesen worden.

### Kennzeichnung der Bahnübergänge

Die Reichsbahn-Hauptverwaltung hat soeben durch Verfügung an sämtliche Reichsbahndirektionen angeordnet, daß so rasch als möglich nicht nur an den unbeschränkten Bahnübergängen der Nebenbahnen, sondern auch an beschränkten Bahnübergängen der Hauptbahnen Warnungstreifen mit der neu vorgeschriebenen Markierung angebracht werden sollen. Es kommt hierbei die Kennzeichnung an den Durchgangsstrecken und an sonstigen wichtigen Wegen in Betracht. Den Reichsbahndirektionen von Bamern, Stuttgart und Karlsruhe ist es anheimgestellt, ihren Gesamtbedarf an diesen Warnungstreifen entweder selbst zu beschaffen oder vom Reichsbahnzentralamt in Berlin mitzubekommen. Die Auffstellung der neuen Warnungstreifen an den Bahnübergängen soll möglichst noch im Frühjahr vor oder beim Einsetzen des härteren Kraftwagenverkehrs ausgeführt werden.

### Der Verkehr in den Mannheimer Häfen 1928

Der Gesamtumschlagverkehr in den Mannheimer Häfen beträgt für das Jahr 1928, nach vorläufiger Feststellung, 5 827 910 Tonnen. Er ist gegenüber dem Vorjahr um 921 031 Tonnen zurückgegangen. Bei Beurteilung dieses erheblichen Ausfalles ist zu berücksichtigen, daß das Deck- und Maschinenpersonal der Rheinschiffahrt in den ersten Tagen des Monats Mai in einen Kohnstreik eintrat, der bis Ende Juni dauerte, und dem sich in Mannheim auch die Hafensarbeiter angeschlossen haben. Durch den Streik war die Rheinschiffahrt, soweit sie unter deutscher Flagge fuhr, nahezu stillgelegt. An dem Verkehrsrückgang hat die Kohle mit 885 456 Tonnen überwiegender Anteil. Einen auffallenden Rückgang weisen außerdem auf: Dünemittel, Holz, Harz, Weizen, Roggen, Mehl, Die und Fette und Salz. Die Ursache dieses Verkehrsrückganges ist in der Verkleinerung der Transporte vom Wasserweg auf den Eisenbahnweg zu suchen. Die Güterbewegung betrug 5 827 910 Tonnen (im Vorjahr 6 748 941 Tonnen). Die Anfuhr im ganzen 4 798 939 Tonnen, die Abfuhr im ganzen 598 932 Tonnen; die Anfuhr Rhein zu Berg 4 550 687 Tonnen, die Abfuhr Rhein zu Berg 68 551 Tonnen; die Anfuhr Rhein zu Tal 243 137 Tonnen, die Abfuhr Rhein zu Tal 525 404 Tonnen; die Anfuhr Neckar zu Tal 5115 Tonnen; die Abfuhr Neckar zu Berg 4077 Tonnen. Der Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff betrug: auf dem Rhein 284 920 Tonnen, auf dem Neckar 146 019 Tonnen. Auf dem Neckar war die Schifffahrt zwischen Mannheim und Heidelberg bzw. Heilbronn an 142 Tagen eingestellt. Der Wasserstand war im allgemeinen nicht so günstig wie im Vorjahr. Der höchste Wasserstand betrug nach dem Mannheimer Pegel 6,67 Meter und der niedrigste 2,14 Meter.

### Die Baufortschritte beim Kraftwerk Schwörstadt

Aber den Stand der Bauarbeiten erfährt man aus dem Geschäftsbericht der Nordwestdeutschen Kraftwerke A.-G., daß die Bauarbeiten programmäßig vorangeschritten sind. Die beiden linksseitigen Strompfeiler mit den Weherschellen und die untere Straßentrümmer sind fertiggestellt, die Baugrube für die linke Hälfte des Krafthauses begonnen. Die Erstellung der Fundamente des Krafthauses und der Saugrohre für die beiden linksseitigen Turbinen ist im Gange. Die Lieferung der vier zur Aufstellung gelangenden Turbinen von einer normalen Schaufelgröße von je 250 Kubikmeter pro Sekunde wurde bekanntlich an eine Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus den Firmen **Ateliers des Charmilles A.-G.** in Genf, **Eicher, Wipf & Co.** in Jülich und **Mavensburg und F. M. Voith** in Seidenheim, vergeben. Mit der Inbetriebsetzung der beiden linksseitigen Turbinen kann auf den Spätherbst 1930 gerechnet werden. Im vergangenen Jahre wurden weitere 20 Proz. des Aktienkapitals von 30 Millionen Franken einbezahlt, so daß jetzt 50 Millionen einbezahlt sind.

Die Jagdversteigerung in **Vollschwiel**. In Nr. 303 der „Karlsruher Zeitung“ (28. Dezember 1928) war über eine Entschädigung des Bezirksrats **Staufen** berichtet, bei der Jagdversteigerung der Landgemeinde **Vollschwiel** habe der leitende Gemeindebeamte die Uhr um eine Viertelstunde vorziehen lassen, um auswärtige Jagdliebhaber auszuscheiden. Diese hätten erst das Lokal betreten, als die Jagd bereits versteigert war. Der Bezirksrat habe deshalb die Jagdversteigerung für ungültig erklärt. — Hierzu wird uns vom Bezirksrat **Staufen** mitgeteilt, daß diese Darstellung unzutreffend ist. Die Versteigerung begann erheblich nach dem festgesetzten und veröffentlichten Beginn. Der Bezirksrat hat Verletzung der Öffentlichkeit, ohne daß der Gemeindebehörde ein Vorwurf gemacht werden kann, angenommen.

### Badische Hochschule für Musik

Die badische Regierung hat dem von Franz Philipp geleiteten Konservatorium für Musik als staatlich anerkannter Anstalt den Titel „Badische Hochschule für Musik“ verliehen. Diese Verfügung geht auf Verordnungen des Unterrichtsministers im letzten Jahre zurück, wonach die Ausbildung der Musiklehrer der Fürsorge und Kontrolle des Staates zu unterstellen war.

### Aus den Parteien

Am heutigen 31. Januar feiert der Führer des badischen Zentrums, **Krämer**, seinen 63. Geburtstag. Der „Bad. Beob.“ schreibt dazu: „Seine Gesundheit und Zeit, sein ganzes persönliches Leben opferte er seiner Sache, der Sache des christlich denkenden Volkes. Dankbar gedenken wir der Vorführung, daß Herr Dr. Krämer allen Nachrufen zum Trost und erhalten blieb und persönlichen Interessen entgegen sich für die diesjährige Landtagswahl bereit hielt. Möge das neue Lebensjahr ihm die nötige Kraft und Gesundheit belassen.“

Die Ortsgruppe **Mannheim** der **Deutschen Volkspartei** beging ihr zehnjähriges Bestehen im Rahmen einer Werbewoche, die am vergangenen Montag mit der Wiedererrichtung des politischen Seminars eröffnet wurde. Reichswirtschaftsminister **Dr. Curtius**, Frau **Julie Wasserfall** sowie **Gewerminister Dr. Curtius** verbrachte sich in etwa eineinhalbstündigen vertraulichen Ausführungen über die wirtschaftspolitische Lage. In seinem Schlusswort erklärte **Dr. Curtius**, daß volle Aberein- stimmung zwischen dem **Handels- und Industrie- und Dr. Curtius** festzustellen sei.

Am 17. Wahlkreis **Sinsheim-Wiesloch** hat der **Badische Land- bund** als Spitzenkandidat aufgestellt: 1. **Franz**, **Frantenhof**, 2. **Hugo Schwab**, **Steinsfurt**, 3. **Albert Gebhard**, **Dammhof**.

### Tagungen

**Kriegsgräberfürsorge**. Sonntag, den 3. Februar, findet 11 1/2 Uhr im Bürgeraal der **Kathaus** zu **Karlsruhe** die Landesverbandstagung des **Landesverbandes Baden** statt. Der neugewählte **Vorstand**, **Reichswirtschaftsminister a. D. Dr. Gehler**, wird der Tagung voranschicklich bewohnen. Für Mitglieder ist die obere Galerie frei gehalten.

Die **Mitglieder der Badischen Anwaltskammer** werden eine ordentliche Kammerversammlung am Sonntag, den 24. Februar, im **Justizgebäude** zu **Karlsruhe** abhalten.

### Gemeinderundschau

Eine **Gasfernversorgungs-Konferenz** in **Heidelberg**. Wie das „Heidelberger Tageblatt“ meldet, findet in Heidelberg am kommenden Montag eine Aussprache zwischen den Vertretern der Stadt Heidelberg und des städtischen Gaswerks mit den Gemeindevorständen der Orte der **östlichen Bergstraße**, **Kuh- lach**, **St. Ilgen**, **Wiesloch** sowie **Sandhausen** und **Walldorf**, statt, um die seit länger als einem Jahre hin und her geführten Verhandlungen wegen der **Gasfernversorgung** dieser Gemein- den durch das **Heidelberger Werk** zu klären.

Ein **geplanter Posten**. Auf die **Stadtbauverwaltung** in **Willingen** haben sich bis zum Ablauf der **Bewerbungsfrist** ins- gesamt 36 Bewerber gemeldet, und zwar 21 **Regierungs- baumeister**, 13 **Diplomingenieure**, ein **Techniker** und ein **Architekt**. **Umeinstellungen** wegen der **Schauinslandbahn**. In **Freiburg** haben die **Stadträte** von **Christmar** (**Deutschnat.**) und **Glo- dner** (**Liberal**) ihr **Stadtratsmandat** niedergelegt. Die **Nachtritte** sind die Folge von **starken Umeinstellungen** innerhalb der beiden **Faktionen** wegen der **Schauinslandbahn**.

Die **geplante Rheinbrücke für Speyer**. Das **Preis- ausschreiben** zur **Erstellung** einer **festen Rheinbrücke** bei **Speyer** hat 125 **Entwürfe** gebracht. Das **Preisgericht** tritt vom 6. bis 8. **Februar** in **Berlin** zusammen.

**Ausstellung der Rheinbrückenentwürfe** in **Ludwigshafen**. Im **Pfalzhaus** in **Ludwigshafen** wurde am **Montagvormittag** die **Ausstellung** der 138 auf das **Preis- ausschreiben** eingegangenen **Entwürfe** für die **zwischen Mannheim und Ludwigshafen** ge- plante **neue Rheinbrücke** eröffnet. Diese **Feier** gestaltete sich zu einer **eindrücklichen Kundgebung** für die **Dringlichkeit** dieser **Brücke**. Denn wieder — in **letzter Minute** — haben sich **Schwierigkeiten** ergeben: Der **Preis- ausschreibungs- Mißfall** der **gleichzeitige** **Bau** dreier **Brücken** am **oberen** **Rhein**. Diese **Mitteilung** machte **Oberbürgermeister Dr. Weiz** und **legte** die **unhaltbaren** **Verkehrsstände** auf **der** **alten** **Rhein- brücke** dar.

### Zum Eisenbahnunglück in Niederbayern

wird gemeldet, daß der Führer des verunglückten Schnellzugs, **Personenwagenführer Kümmerl** aus **Regensburg**, ein **Mann** **anfangs** der **letzten** **Jahre**, der **großen** **Vertrauen** bei **seiner** **vorge- setzten** **Behörde** **genießt**, **verhaftet** **wurde**. **In** **der** **Un- glück- nacht** **soll** **ein** **außerordentlich** **dichter** **Nebel** **geherrscht** **haben**. **Der** **Schnellzug** **ist** **mit** **einer** **Geschwindigkeit** **von** **80** **Stun- den- kilometer** **in** **den** **Güterzug** **hineingerast**. **Vom** **Güterzug** **sind** **vier** **Wagen** **ineinander** **geschoben**, **in** **die** **sich** **die** **Schnellzugs- lokomotive** **hineingehohlet** **hat**.

### Das Ende eines Prinzen

Auf dem Transport nach dem Berliner kaiserlichen Kranken- haus **Wuhlgraben** ist der mittel- und wohnungslose **Prinz Alexander von Hohenzollern-Sigmaringen** plötzlich verstorben. Er hatte seit etwa 3 Monaten bei einem Restaurateur in der **Wilhelmsstraße** Unterkunft und Verpflegung gefunden. Als ihm bekannt wurde, daß der Restaurateur das Lokal verlassen sollte, erlitt der Prinz einen **Tobsuchtsanfall** und ist an **epileptischen** **Krämpfen** gestorben. Er ist 1871 in **Bindau** als **Sohn** **des** **Prinzen** **Felix** **Hohenzollern** **und** **einer** **Prinzessin** **von** **Sagan** **geboren**. **Im** **Jahre** **1923** **ist** **er** **in** **einer** **Ver- trags- angelegenheit** **stetbrieflich** **verfolgt** **und** **später** **aus** **Osterreich** **ausgewiesen** **worden**. **Im** **Jahre** **1925** **wurde** **er** **bei** **einer** **Kolera** **in** **Budapest** **in** **völlig** **herabgekommenem** **Zustand** **aufgegriffen**, **ebenso** **später** **unter** **ähnlichen** **Umständen** **in** **Frankfurt** **a. M.**

### Kleine Chronik

**In** **dem** **Warenhaus** **von** **Tisch** **in** **der** **Chausseestraße** **im** **Nor- den** **Berlins** **ist** **Mittwoch** **abends** **9** **Uhr** **ein** **Großfeuer** **aus- gebrochen**. **Das** **Warenhaus** **bildete** **halb** **ein** **Erdschloß** **bis** **zum** **Dachstuhl** **eine** **reißige** **Feuersäule**. **Es** **brannte** **voll- ständig** **aus**. **Die** **große** **Anhäufung** **an** **Woll- und** **Wollwaren** **zur** **Wäsche** **Wochen** **hat** **die** **Ausbreitung** **des** **Feuers** **sehr** **be- günstigt**. **Menschen** **sind** **nicht** **zu** **Schaden** **gekommen**. **In** **den** **frühen** **Morgenstunden** **gelang** **es** **der** **Feuerwehr**, **den** **Brand** **zu** **lösen**.

**In** **einer** **von** **den** **französischen** **Verwaltungsbehörden** **in** **Mainz** **als** **Benjaminsmagazin** **benutzten** **Lagerhalle** **in** **der** **Wallstraße** **brach** **heute**, **Donnerstag** **morgens**, **gegen** **8** **Uhr** **ein** **Feuer** **aus**, **das** **die** **Halle** **vernichtete**. **Ein** **der** **Mauern** **der** **Halle** **stürzte** **während** **der** **Löscharbeiten** **zusammen**. **Der** **Feuerwehrinspek- tor** **Veisner** **wurde** **getötet**, **ein** **Feuerwehmann** **schwer** **verletzt**.

### Aus der Landeshauptstadt

Das **Programm** zum **„Badner Tag Karlsruhe“** 1930. Wie schon gemeldet, soll am 28., 29. und 30. Juni 1930 in Karlsruhe ein „Badner Tag“ stattfinden. Dafür ist bereits das Programm in großen Zügen festgelegt. Im Mittelpunkt der Heimat- zusammenkunft steht ein dreitägiger Aufenthalt in Karlsruhe, dessen Auftakt am Samstag ein Heimatabend in der städt. Festhalle bildet, unter Beteiligung von Schmuden Trachten- abordnungen aus dem ganzen badischen Lande, mit Konzert und Trachtenspielen. Am Sonntagnachmittag ist ein eigen- artiges Stadtgartenfest geplant. Der Abend bringt eine be- sondere Festvorstellung im Badischen Landes-theater. Die Be- sichtigung der schönen Umgegend von Karlsruhe bleibt dem Montag vorbehalten. Bei genügender Beteiligung wird auch ein Ausflug in die Pfalz unternommen. Hierauf werden Heidelberg, Baden-Baden, Freiburg und andere Städte besuch- und weiterhin Ausflüge und Reisen in das badische Unterland, den Schwarzwald, in die bayerischen Alpen und in die Schweiz unternommen. Die Geschäftsstelle des Badner Tags befindet sich in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 10.

Vor dem **Schwurgericht** Karlsruhe stand am Mittwoch der verheiratete **Gendarmereihauptwachmeister Georg Schmitt** aus **Kohlbach** (Amt Heidelberg), der zuletzt in **Forbach** stationiert war, unter **Anklage** der **Körperverletzung** mit **nachgefolg- tem** **Tode**, **deren** **er** **sich** **in** **Ausübung** **seines** **Amtes** **schuldig** **gemacht** **haben** **soll**. **Dem** **Angeklagten**, **der** **bereits** **1923** **in** **Karlsruhe** **wegen** **Körperverletzung** **im** **Dienste** **mit** **einer** **Geldstrafe** **belegt** **und** **nach** **Wühl** **verurteilt** **worden** **war**, **wird** **vorge- worfen**, **daß** **er** **in** **der** **Nacht** **zum** **10. September** **den** **44jährigen** **ledigen** **Tagelöhner** **Ludwig** **Spifinger** **aus** **Gausbach**, **den** **er** **wegen** **seines** **Verhaltens** **beim** **Brande** **im** **Anwesen** **des** **Emil** **Gaas** **in** **Forbach** **festnahm**, **weil** **er** **die** **Löscharbeiten** **störte**, **nach** **der** **alten** **Murgrube** **abtransportierte**, **durch** **ein** **Stich** **mit** **dem** **Seitengewehr** **in** **den** **Unterleib** **derart** **verletzte**, **daß** **Spifinger** **am** **anderen** **Tag** **im** **Krankenhaus** **den** **schweren** **Verletzungen** **erlegen** **ist**. **Ferner** **wird** **dem** **Angeklagten** **zur** **Last** **gelegt**, **daß** **er** **in** **der** **gleichen** **Nacht** **den** **Bruder** **des** **Ver- storbenen** **durch** **zwei** **Stiche** **mit** **dem** **Seitengewehr** **in** **den** **Gesäß- benden** **verletzte**. **Der** **Angeklagte** **weist** **jede** **Schuld** **von** **sich** **und** **erklärt**, **nicht** **getroffen** **zu** **haben**. **Nach** **längerer** **Ver- ratung** **kam** **das** **Schwurgericht** **zur** **Verurteilung** **Schmitts** **zu** **1** **Jahr** **Gefängnis** **unter** **Zubilligung** **mildernder** **Umstände** **und** **Anrechnung** **der** **Untersuchungszeit**. **Der** **Staatsanwalt** **hatte** **3** **Jahre** **und** **8** **Monate** **beantragt**.

**Großfeuer** in **Küppurr**. Vergangene Nacht um 2 Uhr brach in der Scheune des Anwesens **Kastatter** Straße 61 in **Küppurr** aus bis jetzt noch unbekannter Ursache ein Brand aus, der die Scheune bis auf die Grundmauern in Asche legte. Die in der Scheune untergebrachten **Erntevorräte** wurden ein Raub der **Flammen**. Das **Vieh** konnte gerettet werden. Der **Gebäude-** und **Fahnen-**schaden, der zusammen **schätzungsweise** **35 000 RM** beträgt, ist durch **Versicherung** gedeckt.

**Badisches Landes-theater**. Für das **Fastnachtstheater**, das im Landes-theater vom 9. bis 12. Februar stattfinden soll, und zwar in fünf Aufführungen, da auch am Sonntagnachmittag eine Aufführung sein wird, wird wieder in **hunder** **Reihen-** folge unter **Mitwirkung** der **besten** **Kräfte** der **Oper** und **des** **Schaupiel-** schauspiels eine **Reihe** **wertvoller** **humorvoller** **Nummern** **auf** **allen** **Gebieten** **der** **Klein-** kunst einstudiert werden. **In** **Musik**, **Gesang**, **Tanz** und **Vortrag** sollen dem **Publikum** **einige** **be- sonders** **günstige** **Leistungen** **gebracht** **werden**. **Neben** **Solovorträgen** **beliebter** **Künstler** **gelangt** **eine** **Reihe** **neuer** **Tänze** **zur** **Vorführung**, **und** **verschiedene** **größere** **Nummern** **sowie** **ein** **Schaupielstück** **werden** **das** **Programm** **vervollständigen**. **Der** **zweite** **Teil** **wird** **ganz** **als** **Karlsruher** **Neue** **ausgezogen** **sein**, **und** **es** **darf** **heute** **schon** **verraten** **werden**, **daß** **er** **eine** **besondere** **Note** **durch** **den** **Besuch** **des** **Königs** **von** **Belustigung** **erhalten** **wird**. **Es** **soll** **dann** **die** **Entwicklung** **Karlsruhes** **in** **verschiedenen** **Phasen** **bis** **zur** **Zukunft** **vorgeführt** **werden**. **Der** **Vorverkauf** **für** **die** **fünf** **Vorstellungen** **hat** **begonnen**.

**Wetternachrichtendienst** der **Bad. Landeswetterwarte** **Karlsruhe**. Der **allmähliche** **Temperaturanstieg** hat seit gestern weitere **Fortschritte** **gemacht**. **In** **der** **Höhe** **ist** **jetzt** **oberhalb** **1000** **Meter** **die** **Kullgrenze** **erreicht** (**Heidelberg** **gibt** **ein** **Maximum** **7 Grad Wärme**). **In** **der** **Ebene** **wurde** **heute** **früh** **noch** **etwa** **minns** **5 Grad** **beobachtet**, so daß unsere **Witterung** **gestern** **meist** **um** **5 Grad** **milder** **geworden** **ist**. **Bei** **dem** **ozeanischen** **Tiefdruckgebiet** **ist** **die** **nordöstliche** **Zugrichtung** **heute** **deutlich** **erkennbar**. **Ein** **Vorläufer**, **der** **über** **dem** **Nordmeer** **angelangt** **ist**, **hat** **das** **große** **kontinentale** **Hochdruckgebiet** **im** **Morden** **bereits** **um** **ein** **erhebliches** **abgebaut**, **bei** **Druckfall** **über** **Nord-** **skandinavien** (**13** **Millimeter** **in** **den** **letzten** **24** **Stunden**, **mit** **gleichzeitiger** **Temperaturanstieg** **um** **10** **bis** **17** **Grad**). **Die** **bisher** **nordwärts** **gerichteten** **Jobaren** **werden** **daher** **allmäh-** **lich** **in** **die** **Süd-West-Nord-Ost-Richtung** **drehen**, **womit** **auch** **für** **uns** **das** **ungehinderte** **Eindringen** **der** **milden** **Südwestströmung** **zu** **erwarten** **ist**. **Wetterausichten** **für** **Freitag**: **Milber**, **bei** **auffrischenden** **südwestlichen** **Winden**, **wolfig**, **meist** **noch** **mit** **Niederschlägen**.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**Dr. Reilingen** (b. Schwetzingen), 30. Jan. Die **Spargel-** **pflanzer** **nahmen** **am** **Samstag** **Stellung** **zur** **Beteiligung** **an** **den** **Spargelmärkten** **des** **Jahres** **1929**. **Der** **Vorsteher** **be-** **mängelte** **die** **vielen** **Verläufe** **unter** **der** **Hand**, **die** **preis-** **drückend** **wirkten**, **und** **verlangte**, **daß** **der** **Spargelmarkt** **alle** **Lieferungen** **umfasse**. **Auch** **die** **Spargelpflanzer** **müßten** **sich** **wie** **die** **übrigen** **Zweige** **der** **Landwirtschaft** **organisieren**; **damit** **würde** **die** **Rentabilität** **des** **Spargelbaues** **gehoben**. **Durch** **Einzeichnen** **in** **eine** **Liste** **verpflichteten** **sich** **über** **70** **Pflanzer**, **sich** **an** **die** **geschlossene** **Versteigerung** **der** **Ernte** **durch** **die** **Spargelpflanzervereinigung** **zu** **halten**.

**Hd. Willingen**, 28. Jan. Eine nicht nur in **Anwaltskreisen**, sondern auch sonst weit in **Baden** **bekannt** **Personlichkeit** **verstarb** **infolge** **eines** **Herzschlags** **unerwartet** **in** **Heidelberg** **am** **Samstag** **in** **der** **Person** **des** **hiesigen** **Rechtsanwaltes** **Josef** **Seilmann**. **Der** **im** **68. Lebensjahr** **Stehende** **hat** **sich** **um** **Willingen** **als** **Vorstand** **des** **Schwarzwaldbereins** **als** **Aufsichts-** **ratsmitglied** **der** **Baugenossenschaft**, **als** **mehrfach** **jähriges** **Mitglied** **des** **Bürgerausschusses** **und** **des** **Gemeinderats** **der** **Fraktion** **der** **Demokratischen** **Partei**, **als** **Gründer** **und** **Aufsichtsratsmitglied** **der** **Waldbotelgesellschaft** **die** **größten** **Verdienste** **erworben**. **Er** **stammte** **aus** **Freudenberg** **bei** **Wettheim** **und** **war** **seit** **1892** **hier** **ansässig**.

**Dr. vom Heuberg**, 30. Jan. Staatsminister a. D. **Domini-** **kus** **hat** **der** **Leitung** **des** **Kindererholungsheims** **Heuberg** **mit-** **geteilt**, **daß** **er** **am** **1. April** **aus** **seinem** **Amt** **als** **Leiter** **des-** **selben** **auscheiden** **müsse**, **da** **seine** **Tätigkeit** **als** **Vorsitzender** **des** **Deutschen** **Luftfahrtverbandes** **nach** **dem** **Tode** **seines** **in** **Berlin** **wohnenden** **Stellvertreters**, **des** **berühmten** **Luftfahrers** **Major** **von** **Schudi**, **der** **ihn** **während** **des** **Sommers** **vertreten** **hatte**, **so** **umfangreich** **geworden** **sei**, **daß** **er** **sich** **ganz** **diesem** **Amt** **widmen** **müsse**.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	31. Jan.		30. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	163.61	163.95	163.56	163.90
Kopenhagen 100 Kr.	112.21	112.43	112.16	112.38
Italien . . . 100 L.	22.025	22.065	22.01	22.05
London . . . 1 Pf.	20.403	20.443	20.396	20.436
New York . . . 1 D.	4.2055	4.2055	4.2105	4.214
Paris . . . 100 Fr.	16.435	16.475	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.93	81.09	80.49	81.05
Wien 100 Schilling	59.115	59.235	59.105	59.225
Prag . . . 100 Kr.	12.455	12.475	12.444	12.464

Die bad. Baumwollindustrie u. der deutsch-französische Handelsvertrag. Wie aus industriellen Kreisen mitgeteilt wird, ist z. B. vom Biefental ausgehend eine Bewegung im Gange, die dahin zielt, die Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrags herbeizuführen. Dieser Handelsvertrag sei besonders ruhmlos für die badische Baumwollspinnerei und -weberei, da er sie zwingt, zu Preisen zu verkaufen, die in vielen Fällen nicht einmal die Selbstkosten decken. Die deutsche Industrie müsse mit ganz unverhältnismäßig größeren sonstigen Belastungen als das Ausland arbeiten.

Der Streit um die Mannheimer Gewerbebank. Eine Lose Vereinigung von Genossen der Mannheimer Gewerbebank hat sich zusammengeschlossen, um gegen den abgeschlossenen Vergleich bei der Gewerbebank Einspruch zu erheben, im besonderen um die Frage zu prüfen, ob es möglich ist und Erfolg verspricht, den Aufsichtsrat für die Verluste der Bank heranzuziehen. Eine öffentliche Versammlung mit freier Aussprache ist einberufen worden. Demgegenüber wendet sich lt. „N. N. V.“ die Mannheimer Gewerbebank in einem Rundschreiben an ihre Mitglieder und fordert sie auf, der Versammlung fernzubleiben, da auch Vorstand und Aufsichtsrat es ablehnen würden, zu erscheinen und da nach den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes eine Aussprache nur im Rahmen einer

geschlossenen Generalversammlung möglich sei. Zu diesem Zweck wird auf Ende Februar eine Generalversammlung einberufen, mit dem besonderen Zwecke, Wünsche zu äußern und Forderungen geltend zu machen.

Kapitalerhöhung der Bayernwerke. Der bayerische Finanzminister Dr. Schmeitzle hat im Landtag eine Regierungsvorlage eingebracht, wonach die Staatsregierung ermächtigt werden soll, die Beteiligung des bayerischen Staates am Aktienkapital der Bayernwerk A.-G. von 12 Mill. und der Mitteren Jar A.-G. um 16 Mill. Reichsmark zu erhöhen. In der Begründung der Vorlage wird auf die wachsende Finanzierung mit fremden Geldern hingewiesen, während das Aktienkapital nicht erhöht wurde. Dadurch hat sich seit Oktober 1924 bis Dezember 1927 das Verhältnis des Aktienkapitals zu den fremden Geldern bei den drei Gesellschaften im Durchschnitt von 1:2,4 auf 1:4,6 verschlechtert. Die umfangreichen Neuanlagen sind ausschließlich mit fremden Geldern finanziert worden. Die Mittel für die Kapitalerhöhung müßten zum zweiten Teil der Amerikanleihe des bayerischen Staates entnommen werden, die ausschließlich für die Zwecke des weiteren Ausbaues der Großkraftwerke bestimmt ist.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung

Sammlung für Blinde. Dem Badischen Blindenverein — Verein mit Körperrechtsrechten — in Mannheim wird in widerruflicher Weise die Genehmigung zur Veranstaltung einer Straßensammlung am Sonntag, den 5. Mai 1928, und zu einer Hausammlung in der mit diesem Sonntag beginnenden Woche erteilt, gemäß der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 143) und gemäß der Badischen Ausführungsverordnung dazu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49).  
Karlsruhe, den 28. Januar 1928.  
Der Minister des Innern  
J. B. Föhrenbach.

### Bekanntmachung

#### Staatliche Anerkennung von Musiklehranstalten.

Gemäß § 13 der Verordnung über den privaten Musikunterricht vom 19. April 1928 habe ich der Landeshaupstadt Karlsruhe auf Antrag die Berechtigung verliehen, der von ihr in Karlsruhe betriebenen Musiklehranstalt die Bezeichnung: „Badische Hochschule und Konservatorium für Musik (staatlich anerkannte Anstalt)“ beizulegen.

Karlsruhe, den 26. Januar 1928.  
Der Minister des Kultus und Unterrichts  
Beers.

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Eugen Kreh in Weinheim zum ersten Medizinalrat als Bezirksarzt in Mannheim.  
Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Oberpflegerin Magdalena Kessler bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Zur Ruhe gesetzt:

Veterinärarzt als Bezirksveterinär Dr. Heinrich Öberwächter in Freiburg auf Ansuchen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Oberlehrer Konrad Franck in Höpfigen, Amt Buchen, zum Rektor in Ostersheim, Amt Mannheim.

Seinen Amtspflichten enthoben:

Der ordentliche Professor der neueren Kunstgeschichte an der Universität Heidelberg, Geh. Hofrat Dr. Karl Reumann.

# WEISSE WOCHEN

Auf alle nicht im Preise herabgesetzten Waren

**10% Rabatt**

mit Ausnahme weniger Markenart. u. Lebensmittel

Die Weiße Woche — das Ereignis des Jahres für den Käufer und die Geschäftswelt. Der weiße Pfau bei Knopf verkörpert die Schönheit der Ware und die Prachtentfaltung der Dekoration während dieser Festwoche. Knopf's Weiße Woche heißt: „Qualität und Preiswürdigkeit“

Benutzen Sie unsere Sammelbücher

Autozustellung der gekauften Waren

Schriftliche Bestellungen werden prompt ausgeführt

# KNOPF

Erweiterung des Ortsbauplans der Gemeinde Friedrichstal.  
Das Bürgermeisteramt Friedrichstal hat die Erweiterung des Ortsbauplans der Gemeinde Friedrichstal beschlossen.  
Der Ortsbauplan liegt innerhalb 2 Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet in dem Rathaus in Friedrichstal zur Einsichtnahme auf. Etwaige Einwendungen sind während dieser Zeit dortselbst oder beim unterzeichneten Bezirksamt, Zimmer 55, bei Ausflußvermeidung vorzubringen.  
Karlsruhe, den 26. Januar 1928.  
Bad. Bezirksamt II.

**Möbel**  
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus  
**Maier Weinheimer**  
Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32  
Kein Laden, daher billigste Preise

Gesucht  
auf sofort oder spätestens  
1. April  
**Vermessungs-  
techniker**  
mit abgeschlossener Ausbildung (Staatsbeamten).  
Angebote mit Gehaltsansprüchen und Zeugnissen bis 15. Februar an  
Diplom-Ingenieur  
**Arnold Haller**  
vereidigter Geometer  
Radolfzell. 290

**Ludwig  
Schweigsut**  
Karlsruhe i. B.  
Erbsenstr. 4  
beim Rondellplatz  
**Flügel  
Pianos** 724  
Harmoniums  
Nur beste Fabrikate  
Sehr mäßige Preise  
Umtausch alter Klaviere

**Nehmen Sie** bitte bei allen Einläufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

## Öffentliche Sparkasse Eppingen.

Geschäftsbericht pro 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
Hypotheken . . . . .	752 075,—	Spareinlagen . . . . .	1 080 942,08
Wertpapiere . . . . .	16 100,—	Giroeinlagen . . . . .	27 746,90
Gemeindeanleihen . . . . .	108 458,77	Anlehenskapitalien . . . . .	20 963,80
Schuldenschein gegen Bürgschaft . . . . .	286 919,20	Rücklagen früherer Jahre	5 528,62
Anlagen bei Girozentralen	4 720,07	Aufwertungsfonds . . . . .	50 489,83
Einnahmerückstände . . . . .	5 713,07	Reingewinn . . . . .	7 464,14
Kassenborrat . . . . .	17 773,84		
Gerätschaften . . . . .	1 374,42		
Grundstücke . . . . .	1,—		
	1 193 135,37		1 193 135,37

### Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 1 108 688,98 RM Einlagen . . . . . 55 434,45 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 . . . . . 12 992,76 RM  
Mithin weniger . . . . . 42 441,69 RM  
Eppingen, den 25. April 1928. D.470  
Der Verwaltungsrat: Der Geschäftsleiter:  
Wirth. Müller.

## Öffentliche Sparkasse Kork.

Bilanz vom 31. Dezember 1927.

Vermögen		Schulden	
	RM		RM
Kassenborrat . . . . .	4 771,42	Spareinlagen . . . . .	158 437,34
Guthaben bei Girozentrale, Banken und Postsparkasse	3 780,73	Aufwertungsverpflichtung . . . . .	135 624,89
Andere Kapitalanlagen . . . . .	177 525,00	Anlehenskapitalien . . . . .	21 942,74
Aufwertungsforderungen . . . . .	128 934,34	Gesetzlicher Reservefonds	
Einnahmerückstände . . . . .	4 182,28	a) von früheren Jahren . . . . .	2 169,96
Gerätschaften . . . . .	469,50	b) Reingewinn . . . . .	3 658,30
	319 663,27		319 663,27

Kork Amt Kehl, den 30. Januar 1928. D.469  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:  
Kaufner. Förster.

Druck G. Braun, Karlsruhe

**Korbmöbel**  
Mercedes  
Günstig ab Fabrik an Privats!  
Bequeme Teilzahlung, Reichhaltige Auswahl  
auf Wunsch.  
Korbmöbel Mercedess Lorches.

**Leser Bücher**  
Wissen gibt Macht!

Wasserleitung Bülhertal.  
Vergebung der Eisenarbeiten.

Die Gemeinde Bülhertal verfährt im Wege öffentlicher Verdingung die Eisenarbeiten für die Herstellung von etwa 5000 m Rohrleitungen aus gußeisernen Ruffenröhren von 40 bis 125 mm Lichtweite, einschließlich der erforderlichen Formstücke, Schieber und Öhdranten.

Pläne und Bedingungen können auf dem unterzeichneten Bauamt und auf dem Rathaus in Bülhertal eingesehen werden. An beiden Stellen sind auch Angebotsformulare erhältlich.

Die Angebote sind beschließen und mit der Aufschrift Wasserleitung Bülhertal bis spätestens Donnerstag, den 14. Februar 1928, vorm. 9 Uhr, auf dem Rathaus in Bülhertal einzureichen, wofür die Eröffnung der Angebote stattfindet.

Bad. Amtsrat Offenburg.

**Badisches Landestheater**  
Freitag, 1. Februar  
\*F 16 (Freitagmiete)  
Th.-Gem. 701—800  
**Figaros Hochzeit**  
von Mozart  
Dirigent: Schwarz  
Regie: Krauß  
Mitwirkende:  
Blant, Fanz, Scheidhader,  
Seiberlich, Trautmann,  
Worobin, Rauffötter, Köfer,  
Derner, Schuster, Kalnbach  
Anfang 19<sup>10</sup> Ende geg. 22<sup>10</sup>,  
Breite C (1—7 RM)

Sa., 2. Febr., zum erstenmal  
Katharina Knie,  
So., 3. Febr., nachmittags  
Vocaccia, abends:  
Der fliegende Holländer,  
im Konzerthaus:  
Suvra — ein Junge,  
Mo., 4. Febr., Katharina Knie,  
Di., 5. Febr., Ein Wästenball

**Colosseum**  
Nur noch bis  
31. d. M., täglich  
**Peter Prang**